

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870

9.4.1870 (No. 85)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 9. April.

N. 85.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

Amtlicher Theil.

Durch höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs vom 5. d. Mts. werden Oberlieutenant Adolf Eisenlohr im 3. Infanterie-Regiment auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen körperlicher Leiden, unter Ertheilung des Charakters als Oberst, Major und Escadronschef Robert Klüber im (1.) Leib-Dräger-Regiment auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen körperlicher Leiden und

Mittmeister und Escadronschef Karl Freiherr von Schilling im 3. Dragoner-Regiment Prinz Karl, auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen körperlicher Leiden, unter Ertheilung des Charakters als Major und mit der Erlaubniß, die Uniform des Regiments fernerhin zu tragen, zu den Offizieren vom Armeekorps mit Pension verfezt.

Assistenzarzt Adolf Homburger wird von der Pionier-Abtheilung zum (1.) Leib-Grenadier-Regiment und Assistenzarzt Dr. Johann Wertz vom (1.) Leib-Grenadier-Regiment zur Pionier-Abtheilung verfezt.

Nachbenannte Portepce-Unteroffiziere und Portepce-Führer:

Hermann Brandeis im 2. Dragoner-Regiment Markgraf Maximilian, Eduard Frisch im (1.) Leib-Grenadier-Regiment, Friedrich Riens im (2.) Grenadier-Regiment König von Preußen, Friedrich Reff im 3. Infanterie-Regiment, Karl Rheinländer und Karl Lang

im Feld-Artillerie-Regiment, beide unter Verfezung in das Festungs-Artillerie-Bataillon, werden zu Secunde-Lieutenants, und

nachstehende Cadetten

Gustav Bopp im 4. Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm, Franz von Horadam im 2. Dragoner-Regiment Markgraf Maximilian,

Alfred Warden im (1.) Leib-Dräger-Regiment, Hermann von Leuchsenring im 6. Infanterie-Regiment,

Friedrich Freiherr von Schönaue im (1.) Leib-Grenadier-Regiment,

Albert Frech im 3. Infanterie-Regiment, Maximilian von Chelius im 3. Dragoner-Regiment Prinz Karl,

Wilhelm Schindler im (2.) Grenadier-Regiment König von Preußen,

Ernst Haller im 5. Infanterie-Regiment, Karl Kiegel im 3. Infanterie-Regiment,

Anton Regenauer im (2.) Grenadier-Regiment König von Preußen,

Siegfried Henking im 3. Dragoner-Regiment Prinz Karl

zu Charakterisirten Portepce-Führern ernannt.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 25. Februar d. J. das durch Todesfall vakant gewordene Groß-Konsulat in Bremen dem dortigen Kaufmann Wilhelm Krose, unter Ernennung desselben zu Höchstihrem Konsul, gnädigst zu übertragen geruht.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschliezung und Signatur vom 18. März d. J. den Genremaler W. Kieffstahl aus Berlin, zur Zeit in Rom, zum Professor der Genremalerei an der Großh. Kunstschule in Karlsruhe gnädigst zu ernennen geruht.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Berlin, 8. Apr. Graf Bismarck hütet seit mehreren Tagen das Zimmer. — Der „Staatsanzeiger“ meldet, die Einberufung des Zollparlaments sei für den 21. April in Aussicht genommen.

† Paris, 8. Apr. Die Baisse der Rente gestern Abend auf den Boulevards wurde durch ein unbegründetes Gerücht von einer Unpäßlichkeit des Kaisers verursacht. Die Rente, welche auf dieses Gerücht bis auf 73.45 gewichen war, wurde alsbald wieder zu 73.72 gehandelt.

† Paris, 8. Apr. Man versichert, daß während der Dauer des Plebiszits vollkommene Press- und Versammlungsfreiheit eintreten soll.

† Madrid, 7. Apr. Der Herzog von Montpensier wird gerichtlich verfolgt und in seiner Wohnung bewacht. Catalonien ist wieder ruhig, ausgenommen einige Ortschaften bei Barcelona.

Deutschland.

Karlsruhe, 8. Apr. Der heute erschienene „Staatsanzeiger“ Nr. 8 enthält (außer Personalmeldungen):

1. Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Bekanntmachungen des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: die Ernennung des Handelsmanns Heinrich Rauert in Mannheim zum spanischen Konsul für das Großherzogthum Baden betreffend. 2) Des Justizministeriums. a) Die Verwaltung des Notariatsdistrikts Königheim betreffend. Derselbe wird dem Notariatsassistenten Anton Weindel, zur Zeit Verwalter eines vorübergehend errichteten Notariatsdistrikts im Amtsgerichtsbezirk Dörsberg, übertragen. b) Die Bitte des Robert Held-Bausch in Dörsingen um Erlaubniß zur Namensänderung in „Bausch“ betreffend. c) Die Beurkundung des bürgerlichen Standes betreffend. In der Verlagsbehandlung von Walsch u. Vogel in Karlsruhe ist eine amtliche Handausgabe der Zusammenstellung des Gesetzes und der Verordnungen über die Beurkundungen des bürgerlichen Standes und die Förmlichkeiten bei Schließung der Ehen erschienen. Die Standesbeamten werden darauf unter Hinweisung auf die Vollständigkeit der Sammlung und der darauf beruhenden Zweckdienlichkeit des Buches aufmerksam gemacht. 3) Des Ministeriums des Innern. a) Die Apothekerlizenz des Karl August Enderlein in Hohenheim betreffend. b) Die Staatsprüfung über die allgemein wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen betreffend. Die diesjährige Frühjahrsprüfung über die allgemein wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen findet, gemeinschaftlich für die katholischen und die evangelisch-protestantischen Theologen, am 16. und nach Bedürfnis am 17. Mai d. J. dahier statt. c) Die Umlage der Beiträge zur Feuerversicherungsanstalt für 1869/70 betreffend. Die Umlage für 1869/70 wird folgender Art festgesetzt, nämlich: in der I. Klasse auf 4 1/2 Kr. von 100 fl. Anschlag, in der II. Klasse auf 6 Kr. von 100 fl. Anschlag, in der III. Klasse auf 7 1/2 Kr. von 100 fl. Anschlag, in der IV. Klasse auf 9 Kr. von 100 fl. Anschlag. Dieser Umlage ist nach § 35 der Instruktion III zum Feuerversicherungs-Gesetz der Versicherungsantrag für 1869 — welchen das Ergebnis des Abschusses der Feuerversicherungsbücher auf 31. Okt. 1869 bildet — zu Grunde zu legen. 4) Des Handelsministeriums: Die Ertheilung von Erfindungspatenten betreffend. 5) Des Finanzministeriums: a) Die Einlösung der 3/4proz. Rentenscheine betreffend. b) Das 4proz. Eisenbahn-Prämienanleihen von 1867 betreffend. 6) Des Obermedizinalraths: Die Apothekerlizenz des Heinrich Seufert von Bretten, des Richard Pfeifer von Ettlingen und des Otto Döppner von Ballöben betreffend.

II. Diensterledigungen. Die durch Zurücksetzung des Gerichtsnotars Leonhard erledigte Stelle des Gerichtsnotars des Amtsgerichts Radolfzell wird zur Bewerbung mit Frist von 14 Tagen ausgeschrieben. — In der Großh. Division sind noch mehrere Stellen für Assistenzärzte, womit ein Gehalt von 600 fl. und eine Dienstzulage von 125 fl. jährlich, sowie der Rang eines Sekondelieutenants eventuell eines Premierlieutenants verbunden ist, zu besetzen.

Darmstadt, 7. Apr. (Zeff. Ztg.) In der Ersten Kammer wurde heute in kurzer Sitzung über den Antrag des Norddeutschen Bundes mit Baden, die militärische Freiwilligkeit betreffend, ferner über die Uebereinkunft der Rheinvertragsstaaten bezüglich der Fiskalität, über das Volksschullehrer-Pensionsgesetz sowie über einige andere Gegenstände beraten, und meist den Beschlüssen der Zweiten Kammer zugestimmt. Abweichende Beschlüsse ergab die Beratung über das Volksschullehrer-Pensionsgesetz, indem die Erste Kammer die von dem jenseitigen Hause gewünschte Zuziehung des Gemeinderaths bei Pensionierungen verwarf; ebenso sprach sich dieselbe gegen den Zusatzartikel der Zweiten Kammer, durch welchen die Regierung um Annahme eines andern Prozentsatzes ersucht wird, aus, und folgerichtig auch gegen die gleichfalls beantragte Erhöhung des Beitrags der Gemeinden zu dem Pensionsfond. Die weiteren abändernden Beschlüsse der Zweiten Kammer bezüglich dieses Gesetzes finden die Genehmigung des diesseitigen Hauses.

Gotha, 5. Apr. (Nat.-Ztg.) Vorausichtlich wird der gemeinschaftliche Landtag verlagert werden, da von Seiten der Staatsregierung die von der Unionskommission aufgestellten Vorschläge doch noch in nähere Betrachtung gezogen werden sollen. Diese gehen im Wesentlichen dahin, die Beiträge, welche die Domäne und die Staatskasse zu verschiedenen Instituten (Seminar, Gymnasium etc.) zahlen, stiftungsmäßig auch für den Fall festzustellen, daß das Herzogthum Gotha annectirt werden sollte. Außerdem aber handelt es sich auch darum, den etwa 1 Million Thaler betragenden Altivübergang des Herzogthums Gotha als Präcipuum für letzteres auszuscheiden, um damit einen Provinzialfond zu gründen, der bei einer Annexion den Gemeinden zu Gut kommen würde, die das bermalige gothaische

Staatswesen bilden. Von dem Eingehen auf diese Vorschläge von Seiten der Regierung hängt es ab, ob überhaupt auf die Unionsvorlage eingegangen werden kann. Außerdem aber wird es auch gefordert werden — dies ist ebenfalls Ansicht der Kommission — daß das Ministerium nachweise, in welcher Weise die Verwaltung nach dem Zustandekommen der Union eingerichtet und in welchem Umfang Erparungen erzielt werden sollen.

* Berlin, 6. Apr. In den nächsten Tagen wird der zustimmende Beschluß der preussischen Staatsregierung zu dem Verlaufe der braunschweigischen Staatsbahn an das bekannte Konsortium erfolgen. Der nächste Landtag wird dieser Frage, welche im vorigen zu lebhaften Debatten führte, als einem fait accompli gegenüber stehen. Wenn von vielen Seiten darüber eine Verwunderung ausgesprochen worden, daß Preußen trotz seiner Ansprüche auf Braunschweig seine vertragsmäßige Zustimmung zu dem Verlaufe der Staatsbahnen gibt, so ist darauf zu verweisen, daß man diesseits dem Lande wohl gönnt, die Mittel zu einem künftigen Provinzialfond zu gewinnen. Dies wenigstens wird für die Absicht der Regierung gehalten.

Wie die „Wes.-Ztg.“ erfährt, hat der Bevollmächtigte für Neuz. a. L. bei der Abstimmung im Bundesrathe über den vom Reichstage beschlossenen Gesetzentwurf, betreffend die Ausgabe von Banknoten mit der Minorität gegen das Gesetz gestimmt, da er die Annahme des vom Reichstage zu § 1 beschlossenen Amendements, welches dem Gesetze rückwirkende Kraft verleihe, für bedenklich halten mußte. Der Bevollmächtigte für Meiningen hat sich der Abstimmung enthalten.

Für das Syndikat der neuen Zentral-Votenkredit-Gesellschaft soll, wie die „Zeidler. Corr.“ hört, der Abg. Braun (Wiesbaden) in Aussicht genommen sein. Der Abg. v. Karbohr wird in den Verwaltungsrath eintreten.

Berlin, 7. Apr. Heftige Berichterfasser, welche früher mit großer Bestimmtheit versicherten, der König werde im nächsten Sommer sich zum Kurgebrauch nach Karlsbad begeben, melden jetzt als ganz frische Neuigkeit, Höchstselbe gedente auch in diesem Jahre wieder Bad Ems zu besuchen. Letzteres war jedoch längst ausgemacht. Von einem diesjährigen Kurgebrauch Sr. Maj. in Karlsbad ist niemals ernstlich die Rede gewesen. Nur ganz beiläufige Erwörterungen sollen darüber stattgefunden haben. — Ihre Maj. die Königin wohnte gestern der Generalversammlung des vaterländischen Frauenvereins bei. In dieser Versammlung wurde der Jahresbericht über die Thätigkeit des Vereins erstattet. Heute Abend reist die Königin nach Weimar, um morgen daselbst an der Feier des Geburtstages Ihrer Königl. Hoheit der Frau Großherzogin von Sachsen Theil zu nehmen. Die Rückkehr Ihrer Maj. nach Berlin erfolgt wahrscheinlich schon am Samstag.

Neueren Mittheilungen aus St. Petersburg zufolge wird Se. Maj. der Kaiser von Rußland am 9. Mai in Berlin eintreffen. Höchstselbe gedente, den 10. hier zu verweilen und am 11. seine Reise nach Darmstadt fortzusetzen. Von dort begibt Se. Majestät sich zum Kurgebrauch nach Bad Ems.

Wie verlautet, wird die vor einiger Zeit in Preußen wiederhergestellte statistische Zentralkommission am Samstag den 16. April zu einer Berathung zusammentreten, und zwar unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs im Ministerium des Innern, Wirkl. Geh. Oberfinanzraths Bitter. Die Kommission hat bekanntlich in erster Reihe sich mit Angelegenheiten der zum Monat Dezember d. J. im Zollverein bevorstehenden Volkszählung zu beschäftigen. Unter den Gegenständen, über welche ihr Gutachten eingeholt wird, befindet sich der von mehreren Seiten gemachte Vorschlag, die vereinsländischen Volkszählungen in Zukunft alle fünf Jahre und nicht, wie bisher, alle drei Jahre eintreten zu lassen.

Mit Unrecht melden einige Blätter, es sei schon fest bestimmt, daß in Preußen das Veterinärwesen vom Ressort des Ministeriums für die geistlichen und Medizinalangelegenheiten in das Ressort des Landwirtschaftsministeriums übergehen werde. Bekanntlich hat das Landesökonomie-Kollegium darauf angetragen, das Thierarzneiwesen, die landschaftlichen Kreditinstitute und andere, vözugsweise die landwirthsch. Interessen berührende Einrichtungen von der Oberaufsicht bezw. von der Verwaltung verschiedener Ressortministerien abzuweichen und dem Landwirtschaftsministerium zu überweisen. Diese Anträge werden jetzt im Staatsministerium beraten. Eine Entscheidung über dieselben ist aber noch nicht erfolgt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 5. Apr. Zur Stunde ist noch Alles in der Schwebe: Graf Potocki unterhandelt unausgesezt, um sein neues Kabinet zu Stande zu bringen. Mit den Autonomisten (Reichbauer) scheint er einig, bis auf das Maß der den Czechen zu gewährenden KonzeSSIONen; Potocki glaubt die Czechen den Polen gleichstellen zu können, Reichbauer hält das mit Rücksicht auf das in Böhmen ganz anders wie in Galizien engagierte deutsche Interesse für un-

möglich. Von den Mitgliedern des Ministeriums Hasner dürfte nur der Unterrichtsminister Streunayer in der neuen Kombination figurieren. Sehr bemerkt worden ist es, daß zwei Veleführer zur Rechtfertigung des Austritts aus dem Reichsrath beim Kaiser Audienz genommen haben und sehr gnädig empfangen worden sind.

Wien, 7. Apr. (N. Ztg.) An den günstig verlaufenen Verhandlungen Potozki's und Rechbauers über die Wahlreform und das Programm für die politische Aktion nimmt heute auch Kaiserfeld Theil. Die Angabe, daß die deutsche Partei sich zur pflichtmäßigen Annahme von Portefeuilles geeinigt habe, ist völlig unbegründet.

Wien, 7. Apr. Die Sachen stehen so ziemlich auf demselben Fleck wie gestern, die Lösung ist nicht hoffnungsvoller geworden. Die Verhandlung speziell mit dem Abg. Rechbauer wird auch heute fortgesetzt und zwar diesmal unter Beteiligung Kaiserfeld's, des Präsidenten des Abgeordnetenhauses. In dem Vorstehenden haben Sie die spärlichen, aber allein vorhandenen Anhaltspunkte zur Beurtheilung der Situation.

Wien, 7. Apr. Heute sind die Wahlen in die Delegationen vollzogen worden. Für die im Reichsrath nicht vertretenen Länder sind die Wahlen verschoben.

Rumänien.

Bukarest, 6. Apr. Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung das Gesetz, betreffend die Erhöhung der Grundsteuer, abgelehnt. — Gerüchtweise verlautet, daß ein Ministerwechsel bevorsteht.

Schweiz.

Bern, 4. Apr. (R. Z.) So eben hat die Auswechslung der Ratifikationen des mit Bayern, Württemberg und Hessen abgeschlossenen Vertrags zum Schutze der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst stattgefunden. Derselbe tritt am 1. Mai in Kraft. Am gleichen Tage wird auch die mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika getroffene Uebereinkunft, betreffend die Reduktion der Briefzins von 80 Cts. auf 50 Cts., unter Vorbehalt der Genehmigung Seitens der Bundesversammlung vorläufig zur Geltung gelangen.

Italien.

Florenz, 6. Apr. Abgeordnetenkammer. Es wird zur Abstimmung über die Niederlegung der vier Kommissionen geschritten, welche mit der Prüfung der Finanzprojekte beauftragt werden sollen. 86 Abgeordnete, fast Alle zur Linken gehörig, erklären, in Folge des gestrigen Votums an der Ballotage nicht Theil nehmen zu wollen. Die Diskussion des Ackerbau-Budgets wird wieder aufgenommen.

Mailand, 7. Apr. Laut einem Telegramm der „N. Z. Ztg.“ hat gestern der Provinzialrath in Sachen der schweizerischen Alpenbahn mit 42 gegen 7 Stimmen die Motion Caprotti verworfen, welche dahin zielte, die Abstimmung zu verschieben, bis man die Rückwirkungen der von Sella projektirten Finanzgesetze auf die Provinz kenne; die 7 Mitglieder, welche die Minderheit bildeten, waren Alle prononzierte Anhänger des Splügen. Die Berathung wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

Rom, 1. Apr. Zu Ostern wird das Konzil nur eine kurze Pause in seinen Verhandlungen eintreten lassen; die meisten Prälaten bleiben daher während der Kirchenfeste hier, nur einige, deren Diözesen nicht sehr weit entfernt sind, gedenken die heilige Woche in der Heimath zu verbringen. Zu diesen letzteren gehören die Erzbischöfe von Neapel und von Parma. Der Bischof von Japan kehrt in seine Diözese zurück, um den dortigen jungen Christengemeinden während der über sie verhängten Verfolgung zur Seite zu stehen.

Das heutige „Giorn. di Roma“ bringt an offizieller Stelle einige Bemerkungen über den Eid auf die Verfassung, welchen die spanische Regierung von den Klerikern verlangt. Der heil. Stuhl lege dieser Eidesleistung keinerlei Hinderniß in den Weg, da der spanische Minister des Aeußeren in einer Note vom 16. Sept. 1869 erklärt habe, daß durch diesen Eid nichts verlangt werde, was gegen die Gesetze der katholischen Kirche verstoße. — An der Acqua Felice sind eine große Reihe von Bogen eingestürzt und in Folge dessen die betreffenden Stadtviertel seit einiger Zeit ohne Wasser oder auf die spärlichen Brunnen angewiesen. Man hat jetzt eine provisorische Leitung von Holz angelegt und hofft morgen die Wasser wieder nach der Stadt führen zu können.

Rom, 1. Apr. Eine neue Folge des Konfliktes mit den Armeniern weiß der römische Korrespondent der „Leipziger Ztg.“ zu berichten, indem er schreibt: Die Maroniten und Armenier, welche seit unvorstelllicher Zeit in größter Feindschaft einander gegenüberstanden, haben Angesichts der ihnen gemeinsam von der römischen Kurie drohenden Gefahr Alles vergessen, was sie bisher trennte, und machen nun gemeinschaftlich Front gegen den päpstl. Stuhl.

Rom, 2. Apr. (Köln. Ztg.) Der Bischof von Rottenburg hat, wie das leicht vorauszu sehen war, das Unglück gehabt, mit seinen wohlgemeinten und treuerhizigen römischen Briefen in ein Wespennest zu stehen. Wenn der hochwürdige Herr die „Unità Cattolica“ seiner Einsicht würdigt, so kann er in der Nummer derselben vom 1. April folgende Notiz antreffen: „Ein württembergisches Blatt, das deutscher Volksblatt“, veröffentlicht einen Brief eines deutschen Bischofs neuer Wahl, der sich über den im Konzil ihm angewiesenen Platz beschwert. Allgemein glaubt man, daß dieser Brief die Erfindung eines Journalisten sei, 1) weil jener gelehrte Bischof unmöglich sich zu so lächerlichen Klagen versteigen konnte, 2) weil er, wenn er schreiben wollte, sich in Rom an die Kardinal-Legaten zu wenden hätte, und nicht ans deutsche Volksblatt in Württemberg.“

Wenn der Bischof über seinen eigenen Platz sprechen wollte, so konnte er doch unmöglich, wie früher bei Gelegenheit der Geschichte vom Patriarchen von Babylon, sich mit der Behauptung behelfen, daß er „über diesen Gegenstand nichts Näheres habe erfahren können“. — Die gegen einen orientalischen Bischof und dessen Theologen getroffenen Gewaltmaßregeln werden hier eifrig besprochen, ohne daß man über die zu Grunde liegenden Motive und die Einzelheiten der Vorgänge ganz im Klaren wäre.

Rom, 4. Apr. (Schw. M.) Ungewöhnliches Aufsehen macht die Strenge, womit die päpstliche Kurie hier gegen armenische Bischöfe und Theologen austritt. Man will diesen offenbar zu Gemüthe führen, daß, wenn ihnen auch in Betreff des Ritus Zugeständnisse gemacht worden sind, die römische Disziplin desto strenger und unbedingter auch über ihnen walte. Der Erzbischof Kasargian von Antiochien, welcher sich der zwischen dem Papst und dem Patriarchen Hassan getroffenen Uebereinkunft nicht fügen will, befindet sich nun schon seit mehreren Tagen in Haft; ebenso und aus denselben Gründen der Theologe des Erzbischofs Baharian von Diabekir. Die Vorstellungen des türkischen Abgesandten Rustem Bey blieben fruchtlos, obwohl sonst, wie bekannt, der Papst und der Sultan in den freundlichsten Beziehungen zu einander stehen. In Folge dieser Vorgänge hat man für die persönliche Sicherheit auch anderer Bischöfe, namentlich Strohmayer's, zu fürchten angefangen. Allein was den Letztern betrifft, so hat ihm die österreichische Regierung gerade in jüngster Zeit zu wissen gethan, daß sie ihm auf jeden Fall ihren vollen Schutz angedeihen lassen werde. — Im Konzil rücken die Arbeiten jetzt rascher als seither voran. Die vier ersten Kapitel des Schemas de fide sind jetzt, wenn auch noch nicht votirt, so doch durchberathen. Die Anhänger der Unfehlbarkeit rühren sich aufs neue gewaltig. Sie haben ein neues Postulatum eingegeben, in welchem sie ausführen, daß die Frage der Unfehlbarkeit wichtiger sei als alle andern; es solle daher gleich nach dem Schema über den Glauben dasjenige de pontifice Romano zur Verhandlung kommen. Wenn dieses einmal erledigt sei, dann werde es mit den übrigen Schematen vollends rasch gehen können.

Frankreich.

Paris, 6. Apr. (Sch. M.) Die Interpellation der Linken ist gegen den Entwurf des Senatskonsults in seiner Gesamtheit gerichtet. Der Kernpunkt derselben liegt jedoch in den Angriffen auf die Volksabstimmung, und zwar sowohl auf diejenige, welche als ein Mittel zur Verfassungsreform in die künftige Verfassung eingeschrieben werden soll, als auch auf die Volksabstimmung, welche eben dieser Verfassung ihre Sanction geben soll. Die Verwirrung und Unklarheit über diesen Punkt könnte nicht größer sein. Wer ruft die Volksabstimmung an? Der Kaiser und die reaktionäre Senatspartei, also diejenigen, welche im Verdacht stehen, die persönliche Gewalt retten zu wollen. Wer zeigt sich als eifrigster Gegner der Volksabstimmung? Die radikale Demokratie, welche eben der Nation die Souveränität verschaffen will, und deren Verbündete in der Schweiz das „Referendum“ als Gipfel politischer Weisheit betrachten. Wer endlich läßt sich die Volksabstimmung gebräutig gefallen? Die eigentlich parlamentarische Partei, die Minister und die beiden Zentren, welche am meisten Grund hätten, derselben entgegenzuarbeiten, da sie die Zufälligkeiten des allgemeinen Stimmrechts mit misstrauischen Augen betrachten. Aus dieser Stellung der Parteien geht schon hervor, daß Niemand die Volksabstimmung eigentlich für den untrüglichen Ausdruck des Nationalwillens gelten lassen will. Die Verwirrung wird noch dadurch erhöht, daß es bis jetzt noch nicht klar ist, ob die Verfassungsänderung vor oder nach der Berathung des Senatskonsults von dem Volke bestätigt werden soll. Inbezug scheint man sich jetzt für das Erstere entschieden zu haben. Nach einer Notiz des „Temps“ soll die Volksabstimmung in den ersten Tagen des Mai stattfinden, und nach dem „Constitutionnel“ wird sie sich auf die zwei neuen Punkte beziehen, welche in dem Grundvertrage von 1852 nicht enthalten waren: die Ministerverantwortlichkeit und die Theilung der Gesetzgebung zwischen zwei Kammern. Auch ist die Rede von einer Proklamation des Kaisers, welche den wahren Charakter der Volksabstimmung bestimmen soll. Die Anhänger des parlamentarischen Systems verhehlen sich die Bedenken dieser Wendung nicht, welche der französischen Verfassungskrise mit einmal einen ganz anderen Charakter gibt. In der Kammer hat auch offenbar nur die Drohung Ollivier's mit dem Rücktritt, die Furcht vor dem Chaos die Mehrheit bestimmen können, auf einem so zweifelhaften Weg dem Cabinet zu folgen.

Prevoist-Paradol im „Journ. des Deb.“, Reffier im „Temps“ erörtern ausführlich die Folgen des Baguiffes, zu dem Ollivier, wie er selbst bekannte, nur zögernd sich entschloß. Die Regierung, meint Prevoist-Paradol, wird ohne Zweifel bedeutend weniger Stimmen gewinnen, als im Jahr 1852 der Verfassung des absoluten Kaiserreichs zufielen. Die neue Volksabstimmung wird aus den verschiedensten Gründen Widerspruch erfahren. Anstatt des einfachen Ja oder Nein von 1852 wird es diesmal die mannichfachen Veranlassungen geben, Nein zu sagen. Diejenigen, welchen die neue Verfassung in irgend einem Stücke mißfällt, diejenigen, welche das parlamentarische Regiment nicht wollen, und diejenigen, welche dasselbe im Gegentheil in seiner vollen Ausdehnung, d. h. ohne Beimischung der Volksabstimmung wollen, endlich die ungeheure Menge von Franzosen, welche sich von Natur dazu getrieben fühlen, Nein zu sagen, alle diese zahlreichen Elemente werden die alte Phalanx von 1852 so sehr vermindern, daß die moralische Kraft der Regierung einen argen Stoß erleiden wird. Und von wie verschiedenen Gesichtspunkten aus wird das Votum dann kritisiert werden! Frankreich will kein parlamentarisches Regiment, so werden die Einen sagen; Frankreich will das Kaiserreich nicht mehr, werden die Andern antworten. Und

Niemand kann sagen, wer Recht und wer Unrecht hat, denn das Dunkel, welches über dem Sinne und den Gründen des Votums schwebt, ist eben der Grundfehler der Volksabstimmung. Reffier hebt besonders den Widerspruch hervor, der da liegt, daß die Regierung nicht zur Kammerauflösung schreiten wollte, um dem Land eine neue Anregung zu ersparen, während sie jetzt die Volksabstimmung herausfordert, die keine kleinere Aufregung hervorbringen, ja unvermeidlich noch mehr in die Tiefe gehen wird. Allein was noch schlimmer ist, das ist überhaupt das Unberechenbare, das in der absoluten Gewalt der Volksabstimmungen liegt und somit gerade diejenigen Bürgschaften wieder aufhebt, welche für einen sichern Gang der Freiheit das parlamentarische System zu bieten schien. Fieberhaft erwartungsvoll steht die Nation abermals vor einem Unbekannten, ja sie wird aus dieser Unruhe gar nicht herankommen, so lange über dem Parlamentarismus jenes Damocles'sche Schwert des Appells an das Volk hängt, der, vom Kaiserlichen gelenkt, nicht bloß zur Erneuerung der Volksvertretung, sondern zur Abänderung der Verfassung dienen soll. Diejenigen Bedenken, welche die Radikalen gegen die Volksabstimmung haben, sind freilich anderer Art, sie sehen darin einfach einen Niegel gegen die Einführung der Republik. So ernst es ihnen selbst mit ihrem republikanischen Bekenntniß ist, so sind sie doch nicht so fehn, zu wählen, daß sie die Masse des französischen Volks für dasselbe gewinnen könnten. Die Republik hat dem französ. Volk immer nur ottroyirt werden können. Die Politik der Kaffee-Kongerte von Belleville wird nie von der Masse des Volkes ratifizirt werden.

Paris, 6. Apr. (Köln. Ztg.) Ulrich v. Fonvielle, der bekanntlich wegen seines Auftretens während des Prozesses gegen Peter Bonaparte zu zehn Tagen Gefängniß verurtheilt worden war, ist gestern um 10 Uhr Morgens in Freiheit gesetzt worden. Die Republikaner von Tours hatten zu seinen Ehren ein Bankett veranstaltet, dem ungefähr 300 Personen anwohnten, und begleiteten ihn dann, ungefähr 1000 Mann stark, nach dem Eisenbahnhofe. Fonvielle kam heute in Paris an und reiste sofort nach Lyon ab, wo er bekanntlich als Kandidat zum Gesetgeb. Körper auftritt. — Dem stürmischen Drängen und ungeachtet der Protestation von Jules Favre und Thiers gelang es, die Diskussion über den Senatsbeschluß schon gestern im Gesetgeb. Körper zu Ende zu bringen. Obgleich mit Ausnahme der Linken und des Hrn. Thiers die ganze Versammlung für das Kabinet stimmte, so kann man doch gerade nicht sagen, daß dasselbe einen glänzenden Sieg erfochten hat. Mit Ausnahme der Linken waren nämlich im voraus alle Fraktionen der Kammer darin einig, ein dem Kabinet günstiges Votum abzugeben. Die äußersten Rechte und ein Theil des rechten Zentrums wußten, daß die Minister dieses Mal, und jedenfalls gegen ihre innere Ueberzeugung, nur die Ideen des Kaisers verteidigten, und der übrige Theil des rechten Zentrums und des linken Zentrums entschloß sich zu guter Letzt, keine Ministerkrisis herbeizurufen, die jedenfalls damit geendet hätte, daß das liberale Element im Kabinet durch Leute von der Rechten ersetzt worden wäre. Unter diesen Umständen bot die Diskussion im Grunde genommen auch nicht das Interesse dar, welches man von einer so wichtigen Frage erwarten konnte. Bemerkenswerth waren nur die Reden von Gambetta und Ollivier. Ersterer zeigte sich als wirklich guten Redner, und obgleich seinen Ideen wohl nur von einem kleinen Theile der Mitglieder des Gesetgeb. Körpers gehuligt wurde, so machten doch seine Worte einen so tiefen Eindruck auf die Versammlung, daß Ollivier es für notwendig hielt, nochmals die Rednertribüne zu bestiegen. Seine Rede verdient in so fern Erwähnung, als er zum ersten Male als der eifrige Kämpfer für die napoleonische Dynastie auftrat, die allein Frankreich vor neuen Revolutionen bewahren könne.

Paris, 7. Apr. Der „Moniteur“ glaubt zu wissen, daß die Pariser Abgeordneten wirklich die Frage in Erwägung gezogen haben, ob es nicht rathsam sei, mit Einreichung ihrer Entlassung gegen das Plebiszit zu protestiren. Heute scheinen sie ganz davon zurückgekommen zu sein. Wie das „Public“ meldet, verlautet gerüchtsweise, die Minizipalkommission der Stadt Paris habe letzten Samstag in Masse ihre Demission eingereicht. Jedoch hätte dieselbe auf das dringende Bitten Hrn. Chevreau's, des Seinepräfecten, eingewilligt, über den Schritt öffentlich noch Nichts verlauten zu lassen.

Der Justizminister Ollivier und Jules Janin sind zu Akademikern gewählt worden. — Es wird versichert, das Ministerium werde dem Senatskonsult einen Zusatzartikel hinzufügen, welcher bestimmt, daß Plebiszite ohne vorherige Zustimmung des Gesetgeb. Körpers und des Senats nicht vorgenommen werden dürfen. — Der „France“ zufolge ist es so ziemlich gewiß, daß das Plebiszit am 1. Mai stattfinden wird. Während der Tage, die vorübergehen, werden die öffentlichen Versammlungen derselben Vorrechte genießen, wie während den Wahlperioden. — Rente 73.90, Cred. mob. 275, Dstb. 617.50, ital. Anl. 55.25.

Spanien.

Madrid, 3. Apr. (Fr. Z.) Die Frage der konfessionellen Schulen hat in der gestrigen Cortes-Sitzung einen nicht zu schilbernden Sturm hervorgerufen. Der Abg. Bugallal, der es darauf abgesehen zu haben schien, dem Gouvernement Verlegenheiten zu bereiten, stellte nach einigen malitösen Bemerkungen über Cuba den Unterrichtsminister folgendermaßen zur Rede: „Ist es wahr, daß die Regierung den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen verboten hat?“ „Hört, hört!“ riefen die Ultramontanen im Chorus. Der Unterrichtsminister erwiderte, es sei zur Stunde über diesen Punkt nichts Positives angeordnet; er, der Minister, hege jedoch die Absicht, die in der Theorie anerkannten Ideen der Religionsfreiheit auch in

N.433. Mauer. Heute früh...

Ueber vertrieben... heute früh...

Mauer, den 7. April 1870.

E. v. Göler.

N.434. Mannheim. Heute früh...

Bekanntmachung. Traumann, geb. ...

Mannheim, den 24. März 1870.

Der Vorstand des israel. Waisenvereins.

Lenel.

N.437. Baden. Kupferschmiede.

Ueber Kupferschmiede finden sofort dauernde...

H. C. Thiergärtner, Gießereibesitzer und Kupferschmied.

Commissionärsartikel-Gesuch.

In einer größeren Stadt Badens sucht ein...

18000 fl. zu 5 1/2 % Zins.

Wird im Ganzen oder in stücklichen Abtheilungen...

Waldkirch, den 7. April 1870.

Joseph Griefel, Kommissionsär in Pforzheim.

N.434. Karlsruhe. Gasthaus-Empfehlung.

Einem hiesigen sowohl wie auswärtigen Publikum...

Joseph Griefel, Kommissionsär in Pforzheim.

N.414. Pforzheim. Ladenlokalität mit Wohnung zu vermieten.

Wegen vorgerückten Alters des Eigentümers ist ein...

Joseph Griefel, Kommissionsär in Pforzheim.

N.318. Baden. Gasthaus-Empfehlung.

Hiermit erlaube mir ergebenst anzugeben...

Joseph Griefel, Kommissionsär in Pforzheim.

N.434. Waldkirch. Holzversteigerung.

Aus den Gemeinewaldungen der Stadt Waldkirch...

Waldkirch, den 7. April 1870.

W. H. Bürgermeister.

N.434. Mannheim. Lehrlingstelle.

Ein braver junger Mann kann sofort in mein...

Waldkirch, den 4. April 1870.

August Gaus.

N.444. Im Verlag von Walsch & Vogel in Karlsruhe ist so eben in amtlicher Ausgabe...

Maß- und Gewichtsordnung für das Großherzogthum Baden...

Preis gebunden 1 fl. 30 fr.

Im Buchhandel nur gegen baar oder feste Rechnung.

Verlag von Otto Janke in Berlin.

N.443. Roman-Zeitungs-Abonnement.

April bis Juli für 12 Hefte (= 180 Roman-Bogen) 1 fl. 48 fr.

Inhalt des neuen Quartals: Ueber Alles die Pflicht. Roman von Sophie...

Verlag von Otto Janke in Berlin.

N.443. International-Lehrinstitut.

Die Anstalt umfasst: 1) Handelsschule (deutsch, französisch, englisch, Buchhaltung etc.);

2) Vorbereitungs-Anstalt zum Examen für den einjährigen Militärdienst...

3) Pensionat mit strenger Disziplin: 10 Professoren (5 deutsche und 5 fremde) wohnen in der Anstalt.

Näheres bei der Direction in Bruchsal. — Lehrplan s. o.

N.443. Meine Agenten nehmen Passagiere für 1^{te}, 2^{te} Kajüte und Zwischendeck...

der hier unten genannten Dampfschiffe zu denselben Preisen an wie die...

Conrad Gerold, Norddeutscher Lloyd.

Postdampfschiffahrt von Bremen nach Newyork, Baltimore, New-Orleans und Havana.

D. Newyork Mittwoch 13. April nach Newyork via Havre

D. Frankfurt Mittwoch 13. April nach Havana u. New-Orleans via Havre

D. Ostpreußen Sonnabend 16. April nach Newyork via Southampton

D. Baltimore Mittwoch 20. April nach Baltimore Southampton

D. Rhein Sonnabend 23. April nach Newyork Southampton

D. Hanfa Mittwoch 27. April nach Newyork Havre

D. Donau Sonnabend 30. April nach Newyork Southampton

D. Berlin Mittwoch 4. Mai nach Baltimore Southampton

D. Bremen Donnerstag 5. Mai nach Newyork direkt Southampton

D. Mainz Sonnabend 7. Mai nach Newyork via Southampton

D. Hermann Mittwoch 11. Mai nach Newyork Havre

D. Anjou Sonnabend 14. Mai nach Newyork Southampton

D. Leipzig Mittwoch 18. Mai nach Baltimore Southampton

D. Hannover Donnerstag 19. Mai nach Newyork direkt Southampton

D. Bielefeld Sonnabend 21. Mai nach Newyork Southampton

Passage-Preise nach New-York: Erste Kajüte 165 Thaler, zweite Kajüte 100 Thaler, Zwischendeck...

Passage-Preise nach Baltimore: Kajüte 135 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Br. Cour.

Passage-Preise nach New-Orleans und Havana: Kajüte 150 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Br. Cour.

Fracht nach New-York und Baltimore: 2 Pfd. St. mit 15% Primage per 40 Kubikfuß Bremer Maße.

Fracht nach New-Orleans und Havana: 2 Pfd. St. mit 15% Primage per 40 Kubikfuß.

Nähere Auskunft ertheilen sämtliche Passagier-Expediten in Bremen und deren inländische Agenten,

Die Direction des Norddeutschen Lloyd.

Näheres bei dem Hauptagenten Hrn. Wich. Wirsching in Mannheim, und dessen bekannten H. H. Bezirksagenten.

N.265. Norddeutscher Lloyd.

Ueberfahrtsverträge für diese Postdampfschiffe schließen ab: J. M. Bielefeld, Generalagent in Mannheim, A. Bielefeld in Karlsruhe, R. Hirsch in Weingarten, A. Streit in Ettlingen, Alex. Levisohn in Bruchsal, Jakob Buttenwieser in Ddenheim, Jof. Gaum in Bretten, Fleischer und Ulmann in Eppingen, Aug. Süß in Graben.

Zur Annahme von Passagieren für die Postdampfschiffe des Nordd Lloyd sind ermächtigt und ertheilen jede gewünschte Auskunft bereitwilligst Gundlach & Bärenklau in Mannheim, Generalagenten, Friedrich Mal Sohn in Karlsruhe, concessionsirter Bezirksagent.

N.354. Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft.

Directe Post-Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und New-York

Havre anlaufend, vermittelt der Post-Dampfschiffe

Gimbria, Mittwoch, 13. April. Morgens. Borussia, Sonnabend, 30. April. Morgens.

Sayonia, do. 20. April. Morgens. Allemania, Mittwoch, 4. Mai. Morgens.

Sammonia, do. 27. April. Morgens. Bavaria, Sonnabend, 7. Mai. Morgens.

Passagepreise: Erste Kajüte Br. Gr. Thlr. 165, zweite Kajüte Br. Gr. Thlr. 100, Zwischendeck Br. Gr. Thlr. 55.

Fracht Pfd. St. 2. — pr. 40 hamb. Kubikfuß mit 15% Primage, für ord. Güter nach Uebereinkunft.

Wichtiges: August Volken, Wm. Wiltke's Nachfolger, Hamburg.

Näheres bei dem Schiffsmakler August Volken, Wm. Wiltke's Nachfolger, Hamburg.

Ueberfahrtsverträge für diese Dampfschiffe werden unter den billigsten Bedingungen, so wohl durch mich wie meine Agenten, abgeschlossen.

Conrad Gerold, Norddeutscher Lloyd.

N.360. N.322. Baden. Lehrlingstelle.

Ein braver junger Mann kann sofort in mein Spezerei, Delicatessen- und Cigarrengeschäft als Lehrling aufgenommen werden.

Waldkirch, den 4. April 1870.

August Gaus.

N.447. Karlsruhe. Verlausener Hühnerhund.

Im Jagdgebiet Eggenstein hat sich am 7. April ein hellgelber Jagdhund mit Halsband verlaufen.

Waldkirch, den 4. April 1870.

August Gaus.

N.73. Karlsruhe. Strafrechtspflege.

Die Anklagen gegen Theodor Eckard von Karlsruhe wegen Diebstahls, und Seligmann Adermann von Flehingen wegen Begünstigung.

Freitag den 6. April 1870.

Der Vorsitzende, Dr. Puchelt.

N.417. Karlsruhe. Vermischte Bekanntmachungen.

Bom 15. April l. J. an wird der § 8 der Transporthvorschriften zum Antwerpen-Baseler Tarif, gültig vom 20. August 1869, in seiner jetzigen Fassung aufgehoben...

Die Lieferzeiten, innerhalb welcher die Beförderung der Güter stattfindet, sind:

2 Tage für Güter und gewöhnliche Frachtgüter.

Diese Lieferzeiten werden für die nachbezeichneten leichtentzündlichen Gegenstände, als:

Petroleum und die daraus erzeugten Stoffe (Petroleumessenz etc.), Naphta, Paraffin, Petroleum, Gampbin, Benzin, Erdharz flüssig, Theeröl, Hydrocarbür, Schieferöl und Terpentin-essenz etc.

auf 8 Tage erhöht.

Der Tag der Auslieferung und der Tag der Abgabe, sowie einfallende Sonn- und Feiertage zählen bei der Berechnung der Lieferzeiten nicht mit.

Für Aufenthalt und Verladung, veranlaßt durch Zoll- und Steuerformalitäten, übernehmen die Verwaltungen keinerlei Verantwortlichkeit.

Bei Ueberbreitung der Lieferzeiten wird, insofern dieselbe durch Verschulden der Eisenbahnverwaltungen hervorgerufen ist, keine höhere Entschädigung geleistet, als:

bei Versäumnissen bis zu 48 Stunden die Hälfte der Fracht und bei größeren Versäumnissen die ganze Fracht.

Auf diese Vergütung haben jedoch die Interesenten nur Anspruch bis zum Betrage des ihnen wirklich erwachsenen Schadens; der letztere ist von denselben nachzuweisen.

Karlsruhe, im April 1870.

Die Direction der Großh. Verkehrs-Anstalten, Namens der beim Antwerpen-Baseler Verkehr betheiligten Verwaltungen.

Zimmer, Hartmann.

N.419. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Für diejenigen Gegenstände, welche für die in den Monaten Juni, Juli und August d. J. in Cassel stattfindende allgemeine Industrieausstellung für das Gesamtgebiet des Hauswesens bestimmt sind, wird die Frachtbegünstigung gewährt, daß sämtliche Ausstellungsgegenstände, welche auf der Ausstellung unverkauft bleiben, von Cassel ab frachtfrei bis nach jedem an der Großh. badischen Eisenbahn gelegenen Ausgabepunkt, insofern dafelbst eine Güterexpedition besteht, zurückbefördert werden, wenn der Nachtransport innerhalb 4 Wochen nach dem Schluß der Ausstellung erfolgt, dem auszustellenden Frachtabrief der Originalfrachtabrief für den Hintransport beigelegt und von dem Ausstellungscomité auf erferem beigelegt wird, daß die betreffenden Gegenstände auf der Ausstellung unverkauft geblieben sind.

Karlsruhe, den 7. April 1870.

Die Direction der Großh. Verkehrs-Anstalten.

Zimmer, Hartmann.

N.451. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Bom 15. l. M. ab werden für den direkten Verkehr zwischen den Stationen

a) Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Baden und Pforzheim einer- und Stuttgart andererseits,

b) Karlsruhe und Pforzheim einer- und Heilbronn andererseits, und

c) Pforzheim und Cannstatt.

Sin- und Rückfahrts-Billete für alle Wagenklassen zu ermäßigten Fahrpreisen und mit einer Gültigkeit von 2 Tagen ausgegeben.

Die näheren Bestimmungen sind an den Billettsältern der genannten Stationen zu erfahren.

Karlsruhe, den 7. April 1870.

Die Direction der Großh. Verkehrs-Anstalten.

Zimmer, Hartmann.

N.344. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Auf Anordnung Großh. Handelsministeriums beginnt am 1. Mai d. J. ein Lehrkurs über theoretischen und praktischen Hufbeschlag.

Diejenigen, welche an demselben Theil nehmen wollen, haben sich bei dem Unterzeichneten, Steinstraße Nr. 25, zu melden.

Karlsruhe, den 5. April 1870.

Schneider, Viehlaglehrer.

N.421. Ehrenstein. Steigerungs-zurücknahme.

Die in Nr. 74 dieser Zeitung gegen Sieglar Josef Waidel von hier auf

Montag den 25. April d. J. angehängte Liegenschaftsversteigerung wird hiermit auf Antrag des Klägers zurückgenommen.

Ehrenstein, den 6. April 1870.

Der Versteigerungsbeamte: A. Berle, Notar.

(Mit einer Beilage.)